639 **Und die Wahlversprechen…?**

Der Äntsch ist schockiert! Jeden Tag liest er in der Zeitung, oder hört im Radio, die Hiobsbotschaften von Firmen in der Schweiz, dass man sich leider gezwun- gen sehe, Personal zu entlassen: Alstom 1300 Angestellte, Zürich Versiche – rungen 750, Bucher 60, CS 1600, SIA Abrasive 260, etc. etc. Gewinne erwirt -schafte man wohl immer noch, aber diese Gewinne hätten leider Tendenz zur Minimierung. Man müsse in die Zukunft planen und rechtzeitig die richtigen Weichen stellen, so lautet meistens die Begründung.

Dabei klingen sie in meinen Ohren immer noch nach, die Schalmeien der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf des Herbst 2015: „Die Schweizerbürger täten gut daran, im Interesse einer Sicherung von Arbeitsplätzen das bürger- liche Lager im Parlament stärken“.

Und siehe da, das Volk folgte diesem Aufruf wie eine Schar folgsamer Lämmer! Der Erfolg war eklatant, viele vertrauten den Versprechungen und verschafften den wirtschaftsnahen Parteien im Parlament eine knappe, aber erwartete Mehrheit.

Also ein Versprechen für die Zukunft! Die Wünsche der Wirtschaft würden da- mit in den kommenden 4 Jahren in Erfüllung gehen. Eine Weichenstellung zum Guten, für die in der Schweiz angesiedelten Firmen und ihre Mitarbeiter?

Aber kaum hatte das neue, überwiegend bürgerliche Parlament seine Arbeit aufgenommen, öffneten sich die Schleusen und “Personalabbau“ wurde zum täglichen Schlagwort auf den Titelseiten in unseren Medien. Dies, trotzdem sich die Auswirkungen des Rechtsrutsches im Parlament sofort in dessen Entschei- dungen manifestierte. Die Konzerne und Unternehmen dürfen zukünftig tat- sächlich mit noch besseren Geschäftsbedingungen rechnen! Der Staat, also der Steuerzahler, trägt die Sozialkosten.

Den Äntsch beschleichen etwas ungute Gefühle. Ein leiser Verdacht kommt in ihm auf: Hat man da in einigen Firmen mit den Entlassungen zugewartet bis nach den Wahlen, um den gewünschten Rechtsrutsch im Parlament nicht zu gefährden!?

Der Äntsch gerät nun in Versuchung, den Schweizer Unternehmerverbänden (z.B. SWISSMEM und Gewerbeverband) die Frage zu stellen: Wo liegt nun der Vorteil für die folgsamen, trotzdem “entlassenen“ Wähler, dass man der Auf -forderung, die richtige Liste in die Urne zu werfen, so gehorsam nachgekom -men ist?

Natürlich, Äntsch`s leise mitschwingender Vorwurf ist möglicherweise unbe -gründet und wohl auch etwas provokativ daher geschwatzt.

Es zeigt sich aber, dass ungeachtet der wirtschaftlichen Weltlage, die Macht der internationalen Konzerne schon längst die Oberhoheit über die Politik über -nommen hat. Die Politiker können sich bestenfalls noch darum bemühen, den Schaden in Grenzen zu halten und ihre Schäfchen, die Wähler und Arbeitneh- mer mit weiteren Versprechungen bei der Stange zu halten. Der Äntsch jeden- falls sieht sie fast eher als Hirten einer Herde williger Schafe. Hirten, die sich dann noch hinter dem elektrischen Zaun verkriechen, wenn der Wolf heult. Die Frage sei erlaubt: „Wo führen uns diese Hirten schlussendlich hin?“

Wenn man dann noch liest (z.B. Tages Anzeiger vom 12. Februar 2016), dass die anstehende “Gesetzesänderung zur Kontrolle von Vermögensverwaltern“ (Finanzdienstleistungsgesetz) nach Arbeitsbeginn des neuen Parlamentes um -gehend zur Überarbeitung zurückgewiesen wurde, so sieht man, dass das Lobbying der Finanzbranche guten Zeiten entgegen geht und im neuen Parla- ment Gehör findet. Dieses Gesetz, dass der Bevölkerung zu einem besseren Schutz vor betrügerischen Finanzberatungen verhelfen sollte, wurde letztes Jahr vom Bundesrat bereits beschlossen und zur Vernehmlassung weiter -geleitet. Doch Bundesrat Maurer, der neue Finanzminister, will “…wieder vermehrt die Interessen des Finanzplatzes Schweiz ins Zentrum rücken!“ Denken er und seine bürgerlichen Kollegen nicht so weit, dass betrogene und weiterhin ungeschützte Anleger aufgrund der Vermögensverhältnisse wohl vor allem unter seinen Wählern zu suchen sind? Ob bei zukünftigen Betrugsfällen die betrogenen Schafe dann auch blöken und bei den nächsten Wahlen darüber nachdenken, wer sie um den möglichen Schutz gebracht hat? Ich weiss es nicht. Aber dass viele gewählte Politiker im Parlament bei diesem Gesetz plötzlich die Seite gewechselt haben und sich nicht mehr an ihre damaligen Wahlversprechen erinnern, das könnte man rekonstruieren, wenn man wollte. Jedenfalls hat das Einflüstern der Finanzberatungs-Lobbyisten bei den politi -schen Windfahnen richtig schnell Wirkung gezeigt?